

Freddy CREMER (ProDG-Fraktion)

Plenum, 3. Februar 2025

Es gilt das gesprochene Wort!

Dokument 44 (2024-2025) Nr. 2

Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben und des Ursprungs der Geldmittel für die Wahl des Parlaments und der Gemeinderäte sowie zur Kontrolle der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament!

Wie bereits im Bericht der Verwaltung vermerkt, ist der zur Abstimmung vorliegende Dekretvorschlag die logische Fortsetzung der politischen Bemühungen am Ende der vergangenen Legislatur, als am 6. Mai 2024 in diesem Hause erstmals ein Deontologiekodex für die Mitglieder dieses Hauses festgelegt wurde. Mit dem heutigen Dekret wird der bereits bestehende Kontrollausschuss mit der Implementierung dieses Kodex betraut.

Wieso ist ein Deontologiekontext überhaupt notwendig?

Werfen wir einen kurzen Blick auf die politische Großwetterlage.

Selbsternannte Autokraten, die die Gewaltenteilung immer weiter aushöhlen und die Unabhängigkeit der Justiz schrittweise untergraben, haben Hochkonjunktur. Dies ist auch in Ländern der Europäischen Union der Fall.

An die Stelle von Multilateralismus tritt zunehmend egoistisches nationalstaatliches Denken. Die von demokratischen Parteien errichteten ‚Brandmauern‘ (cordon sanitaire) gegen eine Zusammenarbeit mit verfassungsfeindlichen und rechtsextremen politischen Gruppierungen bröckeln immer mehr.

Die Grundpfeiler unserer demokratischen Ordnung, wie z.B. die Garantie der Grundrechte und die Gewaltenteilung, werden durch antidemokratischen Dauerbeschuss zunehmend erodiert.

Parallel zu dieser Entwicklung hat sich auch der politische Habitus in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt.

Die Hoffnung, dass durch die Entwicklung moderner Kommunikationstechnologien die demokratische Teilhabe ein nie gekanntes Niveau erreichen würde, ist längst der

ernüchternden Erkenntnis gewichen, dass der Missbrauch innovativer Kommunikationstechnologien zu einer ernststen Gefahr für die Demokratie geworden ist.

Bewusst verbreitete Falschinformationen, Verschwörungsnarrative, gezielte Desinformation, Hassreden und Diffamierungskampagnen beherrschen zunehmend den politischen Diskurs.

Medienmogule stellen ihre Social-Media-Plattformen in den Dienst nationalstaatlicher Potentaten und werden sogar mit höchsten Regierungsämtern belohnt. Im Namen der Pressefreiheit kündigt Meta-Chef Mark Zuckerberg an, dass auf seinen Online-Plattformen keine Fakten mehr geprüft und weniger Kontrolle stattfinden soll.

Ein unbedarfter Beobachter der politischen Geschehnisse mag sich vielleicht die Frage stellen: Was hat das mit Ostbelgien zu tun?

Vergessen wir aber bitte nicht, dass besonders im Kontext der Corona-Pandemie die demokratische Streitkultur auch im beschaulichen Ostbelgien auf eine harte Probe gestellt wurde. Diese Negativentwicklung kulminierte in persönliche Anfeindungen, Hassbotschaften und Attacken gegen den damaligen Unterrichtsminister Harald Mollers, gegen den Ministerpräsidenten Oliver Paasch und gegen den EU-Abgeordneten Pascal Arimont.

Gegen Fake News und Hetze im Internet und regte sich aber Widerstand in der Zivilgesellschaft, aus dem sich das SpeakUp!Bündnis entwickelte.

Aber auch Verwaltungsräte öffentlicher Einrichtungen blieben nicht verschont. Ende Juni 2021 distanzierte sich der BR-Verwaltungsrat von den Facebook-Postings der Vivant-Vertreterin in diesem Gremium, die den gelben Davidstern und den Schriftzug „Arbeit macht frei“ benutzte, um ihre Impfgegnerschaft auszudrücken.

Zurecht stellte der BR-Verwaltungsrat fest, dass „ein Mandat, das in einem politisch-demokratischen zusammengesetzten Gremium ausgeübt wird, mit einem hohen Maß an Verantwortung einhergeht.“

Diese Feststellung gilt zweifelsfrei auch für alle Mandatäre dieses Hauses. Daher werden im Deontologiekodex alle Grundsätze, Gepflogenheiten und Verhaltensregeln festgelegt, die von einem PDG-Mandatar bei der Ausübung des Mandats zu beachten sind.

In Artikel 4 dieses Kodex heißt es unmissverständlich, dass die Parlamentarier sich unter allen Umständen so verhalten müssen, dass das Vertrauen der Bürger in das Parlament bestätigt und gestärkt wird.

Der Kontrollausschuss hat u.a. die Aufgabe in Sachen Amtspflichten, zu ethischen Fragen oder Interessenkonflikten, die Parlamentarier betreffen, Empfehlungen zu formulieren und gegen Parlamentarier, die gegen Bestimmungen des Deontologiekodex verstoßen haben, Sanktionen zu verhängen.

Ausdrücklich erwähnen möchte ich, dass jedem Bürger die Möglichkeit gegeben ist, beim Kontrollausschuss Meldung oder Beschwerde in Bezug auf Handlungen eines Parlamentariers einzureichen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte am Ende dieser kurzen Stellungnahme meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass sich dieser Kontrollausschuss so selten wie nur möglich versammeln muss, um sich mit Verstößen gegen den Deontologiekodex zu befassen... am besten kein einziges Mal.

Die ProDG-Fraktion wird diesem Dekretvorschlag zustimmen.

Freddy Cremer, ProDG-Fraktion

PDG, 3. Februar 2025